

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christian Hafenecker, Maximilian Weinzierl  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Wichtige Straßenbauprojekte jetzt umsetzen**

*eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Leonore Gewessler und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur betreffend „Milliarden für die Zukunft statt für die Zerstörung der Natur“ in der 48. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 22. Oktober 2025*

Für die Sicherstellung des Neubaus und der Fertigstellung von Autobahnen und Schnellstraßen, die bereits im Bundesstraßengesetz 1971 aufgenommen sind, trägt die Bundesregierung die Verantwortung. Besonders die Grünen haben durch ihre ideologisch motivierte Blockadehaltung in der abgewählten Regierung mit der ÖVP eine rasche Umsetzung essenzieller Straßenbauprojekte, wie beispielsweise des Lobautunnels oder Lückenschlüsse der S1<sup>1</sup>, verhindert. Statt pragmatischer Verkehrspolitik, orientiert an den Bedürfnissen der Österreicher, verfolgen die Grünen mit freundlicher Duldung durch die ÖVP, eine Verhinderungstaktik, die den steigenden Mobilitätsbedarf der Bevölkerung ignoriert. Während öffentliche Verkehrsmittel weiterhin unzureichend ausgebaut sind und nicht als tragfähige Alternative für viele Pendler dienen, wird der Straßenbau systematisch verzögert oder ganz gestoppt.<sup>2</sup>

Auch die derzeitige Ampel-Regierung lässt die Bürger im Unklaren, ob die dringend benötigte S34 Traisental Schnellstraße überhaupt realisiert wird. Obwohl das Projekt rechtlich abgesichert und seit über 10 Jahren im Bundesstraßengesetz 1971 verankert ist, bleibt die Umsetzung weiter ungewiss. Laut ASFINAG wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung bereits 2019 positiv abgeschlossen und der Bau ist somit genehmigt. Dennoch wird das Projekt von der Bundesregierung laufend zu Tode evaluiert und politisch verzögert, anstatt endlich für Planungssicherheit zu sorgen.<sup>3</sup> Diese Verzögerung trifft vor allem die Bevölkerung im Traisental und im Raum St. Pölten, wo die bestehende B20 seit Jahren überlastet ist und täglich tausende Pendler unter Staus und Verzögerungen am Weg bin die Arbeit leiden. Die S34 ist für die regionale Wirtschaft, für die Verkehrssicherheit und zur Entlastung der Ortsdurchfahrten dringend notwendig. Trotz dieser Fakten bleibt vonseiten der Bundesregierung bislang jede klare Aussage zum Baubeginn oder zu einem verbindlichen Zeitplan aus.

Um diesen jahrelangen Stillstand zu beenden, wird muss nun sichergestellt werden, dass zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft sowie zur dringend notwendigen Entlastung der Bevölkerung von Durchzugsverkehren und dessen negativen Begleiterscheinungen Straßenbauprojekte, die bereits über eine Genehmigung verfügen, schnellstmöglich realisiert werden. Anhängige Verfahren und Planungen sollen zügig weitergeführt werden, um langjährige Verzögerungen und Stillstände endlich zu beenden.

---

<sup>1</sup> <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/klimaschutz-gewessler-stellt-bauprogramm-der-asfinag-in-frage-106045648> (aufgerufen am 20.10.2025)

<sup>2</sup> <https://kurier.at/meinung/gewessler-wird-scheitern/402164229> (aufgerufen am 20.10.2025)

<sup>3</sup> <https://www.noen.at/st-poelten/schnellstrasse-s-34-bleibt-unter-neuem-minister-weiter-in-der-warteschleife-471987999> (aufgerufen am 20.10.2025)

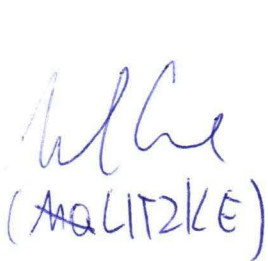
Die Folgen der ideologisch motivierten Verhinderungspolitik sind bekanntlich gravierend: Staus nehmen zu, Fahrtzeiten verlängern sich drastisch und wirtschaftliche Nachteile für Unternehmen und Arbeitnehmer sind die direkte Konsequenz. Die mangelnde Erreichbarkeit bestimmter Regionen führt dazu, dass Investitionen ausbleiben und die wirtschaftliche Entwicklung behindert wird. Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, werden mit höheren Treibstoffkosten und einem unnötig hohen Zeitverlust belastet. All das nur, weil den Grünen der motorisierte Individualverkehr ein Dorn im Auge ist. Auch unter den nun im Amt befindlichen Ampel-Folglich ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

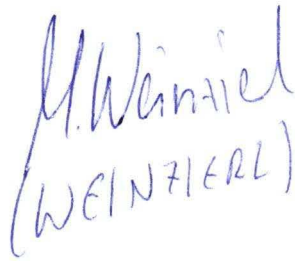
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### Entschließungsantrag

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, wird aufgefordert die Umsetzung der im Verzeichnis 2 des Bundesstraßengesetz 1971 genannten Straßenbauprojekte rasch und ohne weiteren Aufschub sicherzustellen.“

  
(LITZKE)

  
(WEINZIERL)

  
CHH